

MPtc (ca. 525 Mio. US\$) an. Danach hat diese Industrie jetzt bereits 43% der für 2004 anvisierten Steuersumme von 9,37 Mrd. MPtc (1,17 Mrd. US\$) erbracht. In den ersten fünf Monaten sollen die jetzt 13 Kasinos in Macau 15,1 Mrd. MPtc eingenommen haben, über 50% mehr als im selben Zeitraum des letzten Jahres. Im Mai sollen 3,4 Mrd. MPtc in die Kasinos geflossen sein, 3,31 Mrd. MPtc in Stanley Hos zwölf Kasinos und 90 Mio. MPtc (2,6% der gesamten Kasinoeinnahmen im Mai) in das neu eröffnete Sands Macau. Es wird erwartet, dass die Steuerbeiträge des Glücksspielsektors Ende des Jahres die 10-Mrd.-MPtc-Marke (1,25 Mrd. US\$) übertreffen werden. Etwa drei Viertel der Einnahmen der Regierung stammen aus diesem Sektor. Statistiker der Regierung schätzen, dass 2003 das Tourismus-, Glücksspiel- und Wettgeschäft die Hälfte des BIP schuf.

In den ersten vier Monaten diesen Jahres wurde mit 5,1 Mio. Touristen wieder eine neue Bestmarke aufgestellt, ein Plus von 39,7% zum Vergleichszeitraum 2003. (Allein im April kam die Rekordzahl von 1,35 Mio. Besucher nach Macau.) Touristen vom Festland und aus Hongkong machten 57,2% bzw. 31,6% aus, während 7,2% aus Taiwan kamen. Fast die Hälfte der Besucher sind Gruppenreisende. Nach Schätzungen von Geschäftsführern der Kasinos haben etwa drei Viertel von den 11,8 Mio. Besuchern Macaus im letzten Jahr ein Kasino besucht. Über 95% der Spieler in Macau sind ethnische Chinesen vom Festland, aus Hongkong, Taiwan und Südostasien. (XNA, 17., 21., 28.5.04; SCMP, 14., 17., 21., 27.5., 3.6.04; *The Standard* web site, Hongkong, 16.5.04, Zugriff am 17.5.04; Las Vegas SUN website, 17.5.04, Zugriff am 26.5.04; Casino City website, 6., 17.5.04, Zugriff am 18., 19.5.04, Zugriff am 24.5.04; IHT, 25.5., 4.6.04; WSJ, 5., 17., 19.5., 2.6.04; ST, 7., 29.5.04) -ljk-

Taiwan

35 Präsident Chen Shui-bian tritt neue Amtszeit an

Das international am meisten beachtete Ereignis des Monats war der Amtsantritt Chen Shui-bians als wieder gewählter Präsident des Landes, gemeinsam mit Vizepräsidentin Annette Lü (Lü Xiulian). Vor allem konzentrierte sich das Interesse auf Chens Antrittsrede. Zudem wurde das Ereignis groß gefeiert – mit hochrangigen internationalen Gästen. Erschienen waren die meisten Oberhäupter der mit Taiwan verbündeten Staaten sowie mehr oder weniger inoffizielle Repräsentanten weiterer Länder, insgesamt 400 Würdenträger aus 51 Nationen. Laut Pressemitteilung war es die größte derartige Versammlung von Staatsgästen in Taibei in der neueren Geschichte. Aus den USA war eine vierköpfige Politikerdelegation unter Führung von Jim Leach erschienen, eines alten Taiwanfreundes. Leach leitet am Kongress den Unterausschuss Ostasien/Pazifik. Wichtiger war, dass er ein persönliches Glückwunschsreiben von Präsident George W. Bush überbrachte.

Boykottiert wurden die Feierlichkeiten von der Opposition, deren Vorsitzende offiziell eingeladen worden waren. In einem schon ans Lächerliche grenzenden Maß übte sie sich weiterhin in Trotz und Larmoyanz. Immerhin hatte sich die Parteiführung von KMT und PFP – vermutlich auf Betreiben des Taibeier Bürgermeisters Ma Ying-jeou (Ma Yingjiu), eines Vizevorsitzenden der KMT – entschlossen, auf die zunächst angekündigte Großdemonstration am Präsidentenpalast zu verzichten und stattdessen – zeitgleich mit den Feierlichkeiten im Präsidentenpalast – eine Protestveranstaltung an der weit entfernt gelegenen Sun-Yatsen-Halle abzuhalten. Lien Chan (Lian Zhan) und James Soong (Song Chuyu) als Vorsitzende der Oppositionsparteien KMT bzw. PFP sind wie viele ihrer Anhänger nach wie vor der Meinung, dass dem Präsidenten, wie ein KMT-Sprecher verkündete, für seine zweite Amtszeit „die

richtige gesetzliche Grundlage fehlt“. Sie waren aber keineswegs in der Lage, einen entsprechenden Gerichtsbeschluss zu erwirken. Auch vier Jahre zuvor waren die Oppositionsführer der Amtseinführung fern geblieben, hatten allerdings keine Protestveranstaltung geleitet, sondern sich rechtzeitig auf Auslandsreise begeben. Die Schwäche eines notwendigen demokratischen Grundkonsenses besteht also fort, und dieses Manko scheint sich gar weiter zu verstärken.

Mit einiger Spannung erwartet wurde Chens Antrittsrede (Wortlaut s. unter dem Datum vom 20.5.2004 in www.president.gov.tw/php-bin/docset/listC.php4?_section=4, englische Übersetzung: www.president.gov.tw/php-bin/docset/showenews.php4?_section=5&_rid=1684, auch in TT, 20.5.04). Die letzte Antrittsrede beim Machtwechsel vor vier Jahren war von besonderer Bedeutung gewesen, da Chen die unabhängigkeitsorientierte Linie der Regierungspartei darin offiziell weitgehend aufgegeben und verbindlich zugesagt hatte, gegenüber dem chinesischen Festland den Status quo zu wahren, also keinen Kurs in Richtung auf eine „Republik Taiwan“ einzuschlagen. Das Verhältnis zu Beijing hatte sich in seiner Amtszeit jedoch nicht verbessert, im Gegenteil hatte Chen mit seinem Plan, Taiwan eine neue Verfassung zu geben, gegen Ende seiner Amtszeit Befürchtungen genährt, Taiwan unter der Hand doch einer auch formalen Unabhängigkeit näherbringen zu wollen; zudem hatte sein (gescheitertes) „defensives Referendum“ Unmut bei der Schutzmacht USA ausgelöst und in Beijing die Falkenfraktion bestärkt, die auf die militärische Erpressung Taiwans setzt und keine Bedenken hätte, einen Krieg anzuzetteln. Welche Programmatik würde Chen also in seiner neuen Antrittsrede vor diesem Hintergrund entwickeln?

Die meisten Zuhörer wurden enttäuscht: Chens Ansprache brachte vor allem politische Lyrik, aber kaum etwas Konkretes. Erneut – wie gern bei solchen Gelegenheiten – zeigte sich der Präsident harmoniebetont, vor allem im Hinblick auf Taiwans „ethnische“ Probleme – gemeint ist damit vor allem der mehr politisch als ethnisch zu nennende Konflikt zwischen „Festländern“ (den 1948/49 nach Tai-

wan Geflohenen und ihren Nachkommen) und den Jahrhunderte früher aus Fujian eingewanderten Taiwanern. Zu Recht sprach Chen dabei das Problem mangelnder nationaler Identität Taiwans an. Zumindest im Wahlkampf allerdings hatten er sowie die mit der Regierungspartei DPP verbündete Union für Taiwan-Solidarität (TSU) die Kluft zwischen „Festländern“ und „Taiwanern“ eher vergrößert.

Ein zweites Thema, zu dem der Präsident sich nun etwas anders und diffuser äußerte als noch im Wahlkampf, ist das der Verfassungsreform. Hatte sich Chen seit letztem Herbst noch für eine völlig neu formulierte Verfassung ausgesprochen, hörte sich seine Wortwahl nun so an, als sei eher mit einer Revision der jetzigen Verfassung zu rechnen. Der interessanteste Punkt ist hier, dass er – in einer der wenigen relativ konkreten Teile seiner Rede – vorschlug, Fragen der nationalen Souveränität, des Staatsgebiets und der Wiedervereinigung bzw. Unabhängigkeit in der Verfassungsreform auszuklammern, da darüber kein Konsens bestehe.

Hinsichtlich des Verhältnisses zu China schlug der Präsident versöhnliche Töne an, sprach von gemeinsamen Ahnen und dem gemeinsamen kulturellen und historischen Erbe. Keine einzelne Person (also auch kein Präsident) und keine Partei könnten einer Entscheidung durch das Volk vorgreifen. Seien beide Seiten guten Willens und stimmten die 23 Millionen Taiwaner zu, sei jede Form wechselseitiger Beziehungen möglich – also offenbar auch eine politische Union oder eine ähnliche Form des Zusammenschlusses.

Die Rede, die es irgendwie wohl jedem recht machen wollte, missfiel den Verbündeten bei der TSU ebenso wie der Opposition. Die Letztere bezweifelte Chens Glaubwürdigkeit und wies darauf hin, dass sich Chen vor der Wahl zu etlichen Punkten ganz anders geäußert hatte. Die TSU zeigte sich enttäuscht darüber, dass die Frage der Souveränität, des Staatsnamens und des Staatsgebiets Chens Vorschlag zufolge aus der Verfassungsdiskussion ausgenommen werden sollen.

Großes Lob erhielt Chen dagegen von den US-Delegierten. Die Ansprache sei „konstruktiv und hilfreich“ gewesen.

Kein Wunder: Ihre sanften Töne zielten direkt auf eine Besänftigung amerikanischer Ängste und Bedenken, auf die der Präsident in den letzten Monaten wenig Rücksicht genommen hatte. (CNAT, nach BBC PF, 11.5., 19.5., 20.5.04; TT, 12.5., 16.5.04)

Auch die ausländische Presse äußerte sich vorwiegend zustimmend: „Taiwans Präsident übt sich in Konzilianz“ titelte die NZZ, „President of Taiwan attempts to ease relations with Beijing“ meinte die *Financial Times*, „Taiwans neuer Präsident geht auf China zu“ urteilte das *Handelsblatt* (alle 21.5.04).

Diese etwas rosige Sicht der Dinge mag angemessen sein, wenn es um Chens Intentionen geht – obwohl auch diese mitunter zu schwanken scheinen. Der Hauptadressat des außenpolitischen Teils der Rede, China selbst, zeigte sich dagegen unbeeindruckt. Mit widersprüchlichen Äußerungen zur China-Taiwan-Frage hat sich Chen schon seit längerem der Chance auf glaubwürdige Initiativen beraubt. Da werden die milden Töne auch in Beijing als das verstanden, was sie waren: als Verbeugung vor den USA.

Auch im innenpolitischen Teil seiner Rede ist unklar, was Chen eigentlich will. Gewiss: Das Ziel einer Entschärfung der inneren Konflikte in der taiwanischen Demokratie dürfte seiner ehrlichen Überzeugung entsprechen. Aber er richtet sich nicht immer danach und schmälert daher auch hierin seine Glaubwürdigkeit. Gerade gegenüber einer Opposition, die, wie sich zeigt, erhebliche Probleme damit hat, demokratische Spielregeln einzuhalten, wäre es nötig, dass der Präsident nicht nur in Festtagsreden, sondern auch in der täglichen Politik sich einer Antagonisierung der Positionen enthält. In diesem Sinne darf man vermuten, dass die ohnehin schwachen Akzente, die er mit seiner Antrittsrede setzte, im politischen Alltag schon bald versickern werden. -hws-

36 Neue Köpfe in der Regierung

Eine neue Amtsperiode des Präsidenten geht in Taiwan mit dem Rücktritt der gesamten Regierung und deren Neuberufung einher. Da dieses Mal ein Machtwechsel ausblieb, gleicht die

neue Mannschaft teilweise der alten; insbesondere änderte sich nichts in der Person des Ministerpräsidenten, der nach wie vor Yu Shyi-kun (You Xikun) heißt. Allerdings wurde die Gelegenheit zu einem größeren Revirement genutzt. Dabei wurden 27 von 44 Posten neu besetzt.

Bereits im März und April hatten einige Minister aus verschiedenen Gründen ihren Hut genommen oder ihr baldiges Ausscheiden angekündigt. (Vgl. C.a., 2004/3, Ü 32, 2004/4, Ü 32) Von den im Mai erfolgten Neubesetzungen betrafen drei besonders wichtige Posten:

Das Wirtschaftsministerium wird nunmehr von Frau Ho Mei-yueh (He Meiyue) geleitet, die bisher dem Rat für Wirtschaftsplanung vorstand. Ho ist mit der Arbeit des Ministeriums bereits seit 1975 vertraut, als sie Mitarbeiterin im Industrieentwicklungsbüro wurde. Sie diente sich dann in der Hierarchie hoch. Offenbar genießt sie auf Grund ihres Sachverstands und ihrer Sorgfalt sowohl bei heimischen wie auch bei ausländischen Unternehmern einiges Ansehen.

Nachfolger von Tang Yao-ming im Amt des Verteidigungsministers wird Admiral Lee Jye (Li Jie), bisher Leiter des Generalstabs. Damit übernimmt wie zuvor ein Soldat diesen hohen Posten. Mit seiner Person verknüpft sich die Hoffnung, dass über nötige Rüstungskäufe in Zukunft schneller entschieden wird, denn Taiwans Verteidigungsanstrengungen betreffen vor allem die Flotte und somit Lee Jyes bisherigen Verantwortungsbereich.

Die dritte wichtige Umbesetzung betrifft die Leitung des Rats für Festlandsfragen (Mainland Affairs Council, MAC). Hier schied die angesehene Tsai Ing-wen (Cai Yingwen) nach vier Jahren Dienst aus – entgegen dem erklärten Wunsch des Regierungschefs. Tsai, die auch als taiwanische Gesandte in Washington im Gespräch war, übernimmt keinen anderen Posten und zieht sich eigenem Bekunden zufolge ins Privatleben zurück. Ihr Nachfolger wird Joseph Wu (Wu Zhaoxie), bisher Vizegeneralsekretär des Präsidenten. Wu ist promovierter Politologe und war eine Zeit lang stellvertretender Leiter des Instituts für internationale Beziehungen an der National Chengchi University in Taibei.

Mit der Berufung der neuen Minister setzt sich eine Tendenz fort, die schon bei den letzten kleineren Revisionsverfahren zu beobachten war: Mehr und mehr Ämter gehen an Personen aus dem Regierungslager. Was in anderen Staaten ohnehin üblich wäre – die Besetzung der führenden politischen Posten mit Mitgliedern der Regierungspartei – war im ersten Kabinettsamt nach Amtsantritt von Präsident Chen Shui-bian vor vier Jahren noch die Ausnahme. Selbst als Ministerpräsident diente anfangs ein KMT-Mitglied. Der Hauptgrund war, dass Chen Shui-bians Demokratische Fortschrittspartei DPP anfangs nicht über ausreichend ministrable Kräfte verfügte. Inzwischen ist die Zahl der eigenen Anhänger, die über ausreichend Erfahrung in der staatlichen Verwaltung verfügen, deutlich gestiegen. Damit erhält die DPP bessere Chancen, ihr Profil zu schärfen. Gleichzeitig besteht allerdings die Gefahr, dass es noch schwerer fällt, eigene Gesetzesvorhaben durch den von der Opposition beherrschten Legislativ-Yuan zu bringen. (TH, 5.5.04; SCMP, 12.5.04; TT, 12.5., 21.5.04; ST, 13.5.04) -hws-

37 Präsidentschaftswahl: erste Phase der Stimmenneuauszählung abgeschlossen

Auf Betreiben der Opposition, mit Zustimmung der Regierung und auf Gerichtsbeschluss wurden vom 10. bis 18. Mai sämtliche bei der Präsidentschaftswahl vom 19. März abgegebenen Stimmen neu ausgezählt. Zu der Arbeit, deren Vorbereitung einen Monat dauerte, wurden über 2.000 Richter und Gerichtsbedienstete abgestellt; sie wurden unterstützt von 1.500 Rechtsanwälten. Alle Zivilprozesse mussten deswegen für die Dauer der Zählung ausgesetzt werden.

Ein endgültiges Ergebnis der Neuauszählung liegt noch nicht vor, da die abschließende Bewertung von an die 40.000 Stimmzetteln noch aussteht, die als nicht eindeutig gültig klassifiziert wurden; zudem fehlt noch die neuerliche Überprüfung der Wählerlisten. Wie vermutet, fand sich bisher kein Indiz für irgendeine systematische Wahlfälschung, auch wenn etliche Irrtümer zutage traten.

Angeht die Zahl von 40.000 (nach DPP-Angaben: 38.000) nicht eindeutig gültigen – das heißt: nicht eindeutig den Gültigkeitsregeln entsprechenden – Stimmen könnte der Eindruck entstehen, dass Oppositionskandidat Lien Chan (Lian Zhan) doch noch eine Chance hat, zum Sieger gekürt zu werden. Schließlich betrug der Stimmenvorsprung von Chen Shui-bian nach dem (umstrittenen) Endergebnis weniger als 30.000. Zwei Drittel der strittigen Stimmen galten jedoch erkennbar Chen Shui-bian.

Dieser Befund geht mit der Beobachtung konform, dass der Anteil ungültiger Stimmen in ländlichen Stimmbezirken mit niedrigem Bildungs- und Informationsstand der Bevölkerung überall höher lag als in den Großstädten, die mehrheitlich wiederum KMT-Hochburgen sind. Die Opposition, die unter anderem wegen der hohen Zahl ungültig gewerteter Stimmen die Rechtmäßigkeit des Wahlvorgangs bezweifelt hatte, hätte auf Grund entsprechender Daten, die die Wahlkommission veröffentlichte, schon Ende März erkennen können, dass die Mehrheit der ungültigen Stimmen für Chen Shui-bian intendiert war. Sollte nun allerdings ein hoher Anteil der zuvor als gültig gewerteten Stimmen doch noch zu den ungültigen gerechnet werden, könnte der Stimmenvorsprung von Chen Shui-bian in einem revidierten Wahlergebnis noch geringer ausfallen als bisher. Zu einer Umkehr des Ergebnisses würde es allein auf Grund dieses Faktors jedoch trotzdem nicht reichen. (TT, 10.5.04; Taiwan News, nach TH, 19.4.04) -hws-

38 Antrag auf WHO-Beobachterstatus erneut gescheitert

Es ist schon ein jährlich wiederkehrendes Ritual: Taiwans Verbündete stellen bei der Hauptversammlung der Weltgesundheitsorganisation (WHO), der World Health Assembly (WHA), den Antrag, Taiwan als Beobachter zuzulassen, doch der Antrag wird abgeschmettert. Dies geschah auf Betreiben Chinas im Mai zum achten Mal in Folge. Was Taiwan dieses Mal allerdings besonders empörte, waren die Behinderungen für taiwanische Politiker und Journalisten im Umfeld der Abstimmung. So erhielten taiwa-

nische Reporter keine Presseausweise, konnten daher im Vorfeld der WHA nicht aus eigener Anschauung berichten. Davon betroffen waren nicht nur Journalisten mit taiwanischem Pass, sondern auch solche anderer Nationalität, wenn sie für taiwanische Medien arbeiteten. Die Regelung wurde später entschärft. Auch offizielle Vertreter Taiwans sowie von Nichtregierungsorganisationen, die sich für Taiwans Sache stark machten, seien bei ihrer Arbeit behindert worden, erklärte Vizeaußenminister Kau Ying-mau (Gao Yingmao), der sich am Tagungsort Genf aufhielt.

Immerhin konnte sich Taiwan über die anhaltende und engagierte Unterstützung seitens seiner Verbündeten sowie seitens der USA und Japans freuen. In Washington hatte der US-Senat Anfang Mai einstimmig ein Gesetz verabschiedet, das den US-Außenminister ermächtigt, sich auf der WHA für Taiwans Anliegen auszusprechen; zudem wird das Außenministerium darin verpflichtet, dem Senat über seine Bemühungen in dieser Sache zu berichten.

Am Ende wurde der Antrag, in der WHA über Taiwans Antrag zu debattieren, mit 133 zu 25 Stimmen abgelehnt, sodass die Sache es (wie in den vergangenen Jahren) nicht einmal bis auf die WHA-Tagesordnung schaffte.

Obwohl Taiwan überzeugende sachliche Gründe anführen kann, als Beobachter zugelassen zu werden, und obwohl die WHO-Satzung Taiwans Ansinnen nicht entgegensteht, ist auch für die Zukunft nicht damit zu rechnen, dass Taiwan seinen Antrag je durchbringen wird. China führt dagegen seine Ein-China-Doktrin ins Feld, die alle Staaten, die mit China diplomatische Beziehungen unterhalten, übernommen haben. (CNAT, nach BBC PF, 7.5., 18.5.04; SCMP, 18.5.04; TT, 8.5., 13.5., 18.5.04) -hws-